

Ratsherr große Deters äußert für die SPD-Fraktion die Enttäuschung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung. In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss sei der Beschluss gefasst worden, die Zugänge zu den Wahllokalen nach der bestehenden DIN-Norm auf ihre Barrierefreiheit zu überprüfen und anschließend zum Sachstand und den diesbezüglichen Überlegungen der Verwaltung zu berichten.

Seine Fraktion habe den Eindruck, dass der Umgang der Verwaltung mit diesem Thema nicht angemessen sei. Der erste Antrag zu diesem Thema stamme aus dem Jahr 2009 und sei nach der Kommunalwahl gestellt worden. Insofern sei die SPD-Fraktion mit dem heutigen Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht einverstanden und halte ihn für eine Zumutung.

Daher stelle er für seine Fraktion den Alternativ-Antrag:

1. Die Verwaltung tut im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles, um am 25. Mai 2014 einen barrierefreien Zugang zu den Wahllokalen zu gewährleisten.
2. Die Verwaltung legt zeitnah nach den Kommunalwahlen 2014 ein Konzept vor, wie ein barrierefreier Zugang zu den Wahllokalen bei den nächsten Wahlen gewährleistet werden kann.

Trotz der zu erwartenden hohen Kosten dringe die SPD-Fraktion auf die Notwendigkeit, Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Bürgermeister Raetz erwidert, dass durch die Installierung von Rampen, z. T. mit langen Anwegungen, niemand von der Wahl ausgeschlossen werde und darüber hinausgehende benötigte Hilfestellungen bisher immer geleistet wurden.

Die Verwaltung vertrete die Auffassung hier eine kostengünstige Lösung gefunden zu haben, die allen Bedürfnissen gerecht werde. Hier gehe es sehr wohl auch um Kosten, da der städtische Haushalt die von der SPD-Fraktion gewünschte Investition nicht tragen könne.

Nach einer kontroversen Diskussion stellt Ratsfrau Josten-Schneider den Antrag zur Geschäftsordnung, die Rednerliste zu schließen.

Ratsherr große Deters stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Rednerliste nicht zu schließen.

Bürgermeister Raetz lässt über den weitergehenden Antrag zur Geschäftsordnung von Ratsfrau Josten-Schneider abstimmen unter der Voraussetzung, die letzten Wortmeldungen noch zu berücksichtigen.

BS-Nr.: 183	Abstimmungsergebnis Beschluss	Ja: 10 Nein: 3 Enthaltung: 3 Befangen: 0
----------------	----------------------------------	---

- Die Rednerliste wird unter Berücksichtigung der letzten Wortmeldungen geschlossen. -

Die Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen stimmen überein, dass für die alle 4 Jahre stattfindenden Wahlen im Hinblick auf die zu erwartenden Kosten und auch unter Berücksichtigung von noch nicht vorhersehbaren Auflagen und den damit verbundenen Kosten für die Inklusionsregelung an Schulen und Kindergärten, die von der Verwaltung vorgeschlagene provisorische Lösung ausreichend sei.

Ratsherr Bühler führt aus, dass sich auch die UWG-Fraktion dieser Meinung anschließe. Er schlägt jedoch vor, den Beschlussvorschlag im Hinblick auf zukünftige Planungen und die derzeit praktizierte Lösung moderater zu formulieren.

Erster Beigeordneter Dr. Knauber führt zum Thema aus, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Schulen und Kindergärten bereits begonnen habe, einen Plan zur Gewährleistung von Barrierefreiheit mit den dafür erforderlichen Maßnahmen aufzustellen.

Es sei beabsichtigt, einen Aktionsplan vorzulegen, der zum einen vor dem Hintergrund der schulischen Inklusion und zum anderen aber auch der Inklusion insgesamt darstellen soll, welche Maßnahmen bisher ergriffen wurden, den aktuellen Sachstand und welche Maßnahmen für die Zukunft geplant sind. Dieser Plan werde aber auch unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel erstellt. Der Gesetzgeber habe den Städten und Gemeinde das Recht eingeräumt, die betroffenen Schülerinnen und Schüler bestimmten Schulen und Kindergärten zuzuweisen, damit die erforderlichen Maßnahmen nicht an allen Gebäuden durchgeführt werden müssen.

Erklärtes Ziel dieser Bestrebungen sei die unbegrenzte Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben und dazu gehöre auch die uneingeschränkte Erreichbarkeit der Gebäude. Für die anstehenden Wahlen sei die Verwaltung der Meinung, einen guten Mittelweg gefunden zu haben durch Einsatz von provisorischen Lösungen und das Vertrauen in die Assistenz und Hilfeleistung durch nicht behinderte Personen.

Bürgermeister Raetz schlägt vor, über folgenden geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen:

1. Die Verwaltung gewährleistet zu der anstehenden Kommunal- und Europawahl den ungehinderten Zugang zu allen Wahllokalen.
2. Die Verwaltung erarbeitet einen Aktionsplan zur ungehinderten Teilhabe behinderter Personen am öffentlichen Leben in der Stadt Rheinbach.

Da der Vorschlag Einvernehmen erzielt, lässt Bürgermeister Raetz darüber abstimmen:

BS-Nr.: 184	Abstimmungsergebnis Einstimmiger Beschluss	Ja: 16 Nein: Enthaltung: Befangen:
----------------	---	---

1. Die Verwaltung gewährleistet zu der anstehenden Kommunal- und Europawahl den ungehinderten Zugang zu allen Wahllokalen.
2. Die Verwaltung erarbeitet einen Aktionsplan zur ungehinderten Teilhabe behinderter Personen am öffentlichen Leben in der Stadt Rheinbach.